

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,30 Goldmark, für auswärts 0,35 Goldmark, für das Ausland 0,50 Goldmark. Die Kleinanzeigen, 61 mm breit, kostet 1,50 Goldmark, für auswärts 2,00 Goldmark. — Die Preisgebühr für Zusendungen beträgt 0,10 Goldmark. — Für Einzahlung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Post bei freier Zustellung durch Zoten
Postweg für Monat November 2,00 Goldmark, für die Wochen-Bezüge monatlich 2 G. 15. Kreuzenbelegungen: im Inlande wöchentlich 0,20 Goldmark, nach dem Ausland 1,20 Goldmark. Einzelnummer 15 G. Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 2 0024, 2 7951, 2 7952, 2 7953. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach Dresden 2060

Nr 270

Donnerstag, 16. November 1924

XXXII. Jahrgang

Neue Offensive Millerands gegen Deutschland Riesenbrand am Hudson Die drei großen Ziele

Ein Teil von New Jersey-City vernichtet

Von Bürgermeister Dr. Kütz

WTB. Paris, 15. November. (Durch Funkdruck.) Chicago Tribune meldet aus New-York: Ein großer Teil der Stadt New Jersey ist gestern morgen von einem riesigen Brand heimgesucht worden, wie er in der Geschichte der Stadt einzig dasteht. Das Feuer brach um 9 Uhr morgens in einer Fabrik aus und verbreitete sich rasch über vier Stadtteile hin. Durch die durch zahlreiche Explosionen in die Luft geschleuderten Trümmerstücke wurde der Brand noch weiter verbreitet. Einige Städte fielen in eine Schmelze, von denen viele zerstört wurden. Über 900 Familien sind obdachlos geworden. Etwa 35 Fabriken sind dem Brand zum Opfer gefallen. Mehrere Feuerwehreinheiten werden vernichtet. Nach den bisherigen Feststellungen wurden 15 Personen schwer verletzt in das Hospital gebracht. Der Sachschaden wird auf viele Millionen Dollar geschätzt.

Die schwergetroffene Stadt liegt gegenüber von Brooklyn und New-York, am anderen Ufer des Hudson. Durch Tunnel, Brücken und Dampfboote ist sie mit New-York verbunden. Die große Anzahl der nach New-York führenden Bahnlinien mündet in New-York. Am Ufer des Hudson befinden sich die gewaltigen Trockendocks der transatlantischen Dampferlinien. Unweit davon liegt die berühmte Insel Ellis Island, der Schrecken der europäischen Einwanderer nach den Staaten. Große Zuckerrüben-, Pflanzen-, Getreide-, Stahl- und Eisenwerke sowie Fabriken aller Art haben sich wegen der für Handel und Wirtschaft günstigen Lage dort angesiedelt.

Zwei Millionen Dollar Schaden
Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten

New Jersey (Wiss.), 15. November. (Durch Funkdruck.) Ein großer Schadenfeuer hat vier Stunden lang die Stadt New Jersey vernichtet. Die Fabrikgebäude sind vollkommen zerstört worden. Der Schaden wird auf zwei Millionen Dollar geschätzt. Man glaubt jetzt, das Feuer sei durch einen elektrischen Kurzschluss entstanden. Die Feuerwehreinheiten sind durch die Witterungsverhältnisse durch herabfallende Balken.

Das deutsche Volk hat schon in der Vorkriegszeit bei den Reichstagswahlen immer dann eine klare und entscheidende Willensmeinung kundgegeben, wenn es durch die Regierung oder durch den Willen der Ereignisse vor die Entscheidung einer einfachen und unauflösbaren politischen Frage gestellt war. So war es bei den sogenannten Sejmawahlen, so war es bei den Reichstagswahlen, bei denen die deutsche Partei ein deutliches Mandat erhielt. Das deutsche Volk hat sich bei den Reichstagswahlen, bei denen die deutsche Partei ein deutliches Mandat erhielt, für die Demokratie ausgesprochen. Das deutsche Volk hat sich bei den Reichstagswahlen, bei denen die deutsche Partei ein deutliches Mandat erhielt, für die Demokratie ausgesprochen.

fehren. Wesentlich aber als dies ist es, daß die Wille eine solche Stärkung erfährt, daß aus ihr eine Regierung gebildet werden kann, die uns eine Fortsetzung der begonnenen Entspannung und Entlastung bringt. Die Erfolge der von Demokraten, Zentrum und Volkspartei betriebenen Regierungspolitik sind so augenfällig, daß es eine politische Sinnlosigkeit wäre, die Linie zu verlassen. Eine Loslösung von unsern Feinden, eine Bekämpfung unfreier Staaten und eine Neuordnung unserer Wirtschaft, diese drei großen Probleme jeder deutschen Politik der nächsten Jahre können nur von einer Regierung der Mitte gelöst werden.

Diese drei großen politischen Ziele muß der Wahlkampf dienstbar gemacht werden; alle Sonderinteressen müssen sich ihnen unterordnen und einordnen. Weder ist hier von wenig zu hören. Da kommen die kleinen Gewerkschaften und Wirtschaftsorganisationen und fordern einen Kandidaten an „absolut freier“ Stelle, da taucht im Hintergrunde der Bedanke einer neuen Frauenpartei auf, da entsteht die „Deutsche Arbeiterpartei“; da kommen die Arbeiterpartei und wollen in Form eines Monats ihren Kongress haben, und über all dem vergesse die Wähler, daß unserm Volk und unserm Vaterland nicht durch einseitige Interessenwahrnehmung geholfen werden kann, sondern nur durch richtige Erkenntnis der Gesamtheit der großen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme. Immer wieder hört man allen Ernstes es ausgesprochen: es muß doch auf der Kandidatenliste an erste Stelle ein Beamter, es muß doch an zweite Stelle ein Arzt, es muß doch an unbedingte sichere Stelle ein Handwerker usw. Nein, sie müssen alle an die erste Stelle — wenn ihre Persönlichkeit und ihr politisches Format die hierzu berufen sind. Der Reichstagswahlkampf soll keine Verammlung von Vertretern der Sonderinteressen sein, sondern eine Auslese politisch durchgebildeter und bewährter Persönlichkeiten. Wenn doch einmal alle diese kleinen Interessengruppen erkennen wollten, daß sie sich durch Auffstellung eigener Kandidaten selbst ausschalten und harte Strafen aus politischen Verurteilungen verdienen. Da kamen die Wähler mit fünf, die bairischen Bauern mit vier, die Deutschsozialisten mit vier und die sogenannte Wirtschaftspartei mit sechs Werten in den Reichstag, und sie alle waren zu völliger Ineffizienz verurteilt. Gaben die Wähler dieser Gruppen das wirklich gewollt? Glauben die deutschen Mittelständler, daß eine Vereinigung der bairischen Bauern, der Weisen und der Wirtschaftspartei, wie wir sie im letzten Reichstag hatten, einen Brennpunkt für die Wahrnehmung der Interessen des Handwerks und des Gewerbes abgeben kann? Und dazu 6000 Stimmen oder 10 Abgeordnete, die dem letzten Reichstag dadurch verloren gingen, daß mehr als eine halbe Million Wähler die Kandidaten ihres Volkes für die richtige Zeit wählten, um sich irgendeine politische Karrieren zu leisten und für irgendeine Gruppe oder irgendeinen Bund zu stimmen, von dem es von vornherein feststand, daß er keinen Abgeordneten durchbringen würde.

Eine Kriegsrede im christlichen Jünglingsverein

Millerand im Dienst der französischen Kanonenschmiedfabrikanten

Telegramm unfreier Korrespondenten
ch. Paris, 15. November
Das Rededuell zwischen dem Ministerpräsidenten Durruti und dem Führer der Nationalrepublikaner Millerand nimmt seinen Fortgang. Nach den ziemlich scharfen Angriffen, die Durruti kürzlich in seiner in Rom gehaltenen Rede gegen den früheren Präsidenten der Republik richtete, war zu erwarten, daß Millerand eine Antwort erteilen würde. Seitens abend sprach er in einem christlichen Jünglingsverein, der momentan eine Konferenz über den internationalen Frieden veranstaltet. Vorgige Woche sprach übrigens in diesem Verein der Professor Friedrich Wilhelm Höpker. In seiner Rede sprach Millerand vor allem die Verbesserung aus, daß Frankreich nach der Wiedereroberung Marokkos vollständig in einer Verbindung mit Deutschland, wie sie früher existierte, verlangen könne. Er bewies aber, daß auf deutscher Seite guter Glaube und ehrliche Friedensabsichten herrschen. Er schilderte in geschickter Weise die angebliche „Sabotage“ des Verfallens Vertrages und machte der Berliner Regierung den Vorwurf, daß sie nicht ohne weiteres in den Völkerbund eingetreten sei.

Sch vor allem um die Städte Douai und Arras, winter, sowie einen Teil der Bürgermeistereien von Ruppischerth und Wuth.

Die Pause in den deutsch-französischen Verhandlungen

B. Berlin, 15. November. (Ch. Drahtbericht.) Staatssekretär Trendelenburg ist gestern aus Paris nach Berlin zurückgekehrt, um über den bisherigen Verlauf der Handelsverhandlungen Bericht zu erstatten und neue Instruktionen einzuholen. (Berl. unfr. getriggen Pariser Telegramme, 2. Red.) Die Unterbrechung der Verhandlungen ist, wie leicht von auswärts deutscher Seite bemerkt wird, auf harte Widerstände in den Fragen zurückzuführen, die sowohl in das Gebiet des Handelsvertrages wie auch in das der Reparationen fallen. Den Hauptstreitpunkt bildet die 25000. Einfuhrabgabe, die, wie freilich ungeschwer vorauszuheben war, von den Franzosen als Trümmel gegen die Deutschen benützt wird. Die französische Presse hat ja bereits allerhand toulreute Mittelungen über die entsetzlichen Schwierigkeiten gemacht, doch sind die Tatsachen zum größten Teil nicht wiederzugeben. Änderungen der Pariser amtlichen Stellen liegen nicht vor. Es würde das auch keinen Zweck des zwischen beiden Regierungen getroffenen Abkommens bedeuten, nach dem man sich verpflichtet hat, vor Abschluss der Verhandlungen keine Eingeständnisse zu veröffentlichen. Die lange die Pause, die jetzt eingetreten ist, dauern wird, läßt sich nicht einschreiben. Die deutsche Delegation bleibt bis auf weiteres in Paris. Sie steht mit den Berliner Regierungen in Verbindung und erwartet von dort neue Instruktionen. Man hofft in Kreisen der deutschen Regierung, daß die letzten Schwierigkeiten bald überwunden sein werden.

Vor Wiederaufnahme der Besprechungen

Telegramm unfreier Korrespondenten
ch. Paris, 15. November. Im französischen Außenamt sind gestern abend aus Berlin die Nachrichten ein, daß Dr. Trendelenburg Montag früh hier eintrifft und die Besprechungen über den Abschluss eines vorläufigen Handelsabkommens wieder aufnehmen werde.

Der französische Standpunkt

Paris, 14. November. Ganz verbreitet ist heute offenbar offizielles heuchlerische Mitteilung über den gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Handelsverhandlungen. Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen erleiden eine Pause. Aber es wäre durchaus unrichtig, zu sagen, daß sie unterbrochen werden. Die französische Regierung hat nicht darin eingewilligt, daß die Reparationsfrage mit dem Handelsvertrag verbunden werde, wie es die deutschen Unterhändler zu tun sich bemüht haben, indem sie verlangen, daß Frankreich gegen Gewährung von Zollprivilegien darauf verzichte, die Hypothekische Abgabe auf deutsche Exportwaren zu erheben. Die Delegationen des Deutschen Reiches haben die französischen Einwendungen ihrer Regierung mitgeteilt, und sie erwarten gegenwärtig neue Instruktionen, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Herbette dementiert

Telegramm unfreier Korrespondenten
ch. Paris, 15. November. Der für Ausland ernannte Vizekonsul Jean Herbet dementiert ein Interview, das kürzlich in der Neuen Zürcher Zeitung erschienen ist. (Wir haben den Inhalt dieses Interviews seinerzeit mitgeteilt und kritisch behandelt. Vgl. Nr. 264 der „D. N. R.“ Die Red.) Er teilt den Wählern mit, daß er einige Zeit vor seiner Ernennung mit dem Heiligen Vertreter der „Neuen Zürcher Zeitung“ ein zwangloses Gespräch führte, das keineswegs dazu bestimmt war, veröffentlicht zu werden. Außerdem sind in dem widerrechtlich veröffentlichten Interview zahlreiche Unwahrheiten enthalten, die Herbette angeblich niemals gemacht hat. Ganz entschieden vermahnt sich Herbette dagegen, daß die in dem Artikel des Vertreters der „Neuen Zürcher Zeitung“ gebrachten Mitteilungen irgendwie die öffentliche Meinung über irgendwelche Regierungabsichten widerspiegeln.

Herrn Benesch „Donauföderation“

Rom, 10. November. (Eigener Bericht)
Ueber die außenpolitischen Erklärungen des Herrn Benesch im Prager Parlament und insbesondere über die Pläne einer „Donauföderation“ schreibt die römische Mittagszeitung „Il Secolo“: Nach dem Inkrafttreten des Dawes-Planes scheint dem Herrn Benesch diese berühmte Föderation notwendiger als je. Diese Föderation, die die katholischen Oesterreich-Ungarns wirtschaftlich miteinander verschmelzen soll, indem sie sie in einer einzigen Zollgrenze zusammenschließt, hat in Wirklichkeit nur einen Zweck: eine gewaltige Schranke sowohl an der italienischen wie an der deutschen Grenze zu errichten, um sowohl Italien als auch Deutschland Verbindung mit Oesterreich zu verhindern bzw. zu erschweren. Eine alte Idee französischer Mächte, die Herr Benesch von Zeit zu Zeit immer wieder aufwärmt. Denn er ist ein Vagabund, der das bekannte Wort: „Wenn du den Frieden willst, tüte zum Kriege“ allzu häufig nimmt.

Räumung von Honnet und Königswinter
Berlin, 15. November. Nach einer Mitteilung der Besatzungsbehörde an die deutsche Verwaltung in Bonn wird am Mittwoch den 17. zum 18. November das Gebiet geräumt werden, das vor dem 11. Januar 1923 nicht befreit war. Es handelt